

Was will die politische Rechte ?

Die Programme von ADR, CSV und DP



Geschichtliche Anhaltspunkte um festzustellen, wer rechts ist, gibt es nur wenige. Die CSV sieht sich wohl als Nachfolgerin der Partei der **Rechten**, 1914 gegründet, die auch zu Beginn schon katholische Volkspartei genannt wurde, hat aber 1944 mit ihrem neuen Namen CSV (Christlich - soziale **Volkspartei**) den Marsch zur Mitte angetreten.

Der Anfang der heutigen DP, 1954 aus dem **"Groupement patriotique et démocratique"** von 1945 hervorgegangen, war wenigstens zum Teil rechtslastig. Das "Groupement" wollte anfangs gar keine Partei sein. Die Resistenzler der "Unio'n" wollten vielmehr das traditionelle Parteienregime transzendieren und durch eine Art Korporatismus ersetzen. Zudem muss daran erinnert werden, dass einer der Anführer des "Groupement", Emile Hamilius, bis 1945 in der Rechtspartei war. Ein anderer Spitzenpolitiker des "Groupement", Eugène Schaus, ebenso wie etliche Mandatsträger der späteren DP, kamen von der Demokratischen Partei Leo Müllers aus den Dreißiger Jahren, einer konservativ-nationalen Gruppierung. Als das "Groupement" sich 1954 in eine Partei umtaufte, wollten einige die Partei liberal taufen. Man blieb bei dem vagen "demokratisch" - wer ist nicht demo-

kratisch? Die DP verwischte ihre ideologischen Spuren, um die Mitte umso besser besetzen zu können.

Heute will das ADR seinerseits keine Partei sein, sondern vielmehr eine **"überparteiliche** und übergewerkschaftliche Vereinigung von **Bürgern aller Schichten**" (ADR - Statuten vom 27.3.1999).

Das ADR, eindeutig rechts

Die Analyse der Wahlprogramme zeigt eindeutig die meisten rechten bis extrem rechten Elemente beim ADR. Sie kommen vor allem in der Bewertung des heutigen Zustandes Luxemburgs zu Tage. *"Unser Land hat sich (...) sehr schnell entwickelt; manche meinen zu schnell."* (1999, S.1). Auch das ADR gehört zu den *"manchen"*. Es sind die **"ausländischen¹ Unternehmen"**, die diese *"zu schnelle Entwicklung"* und damit den Raubbau am Land bewirkt haben. *"Andererseits nimmt uns der europäische Integrationsprozess Stück für Stück unsere nationale Souveränität (...)"* Ein oft wiederkehrendes Thema beim ADR, jenes der nationalen Souveränität und der Ausländer. Anstelle des *"quantitativen Wachstums, ausschließlich mit ausländischem Kapital und ausländischen Arbeitskräften"* soll Nachhaltigkeit in

der Politik zu *"qualitativem Wachstum"* führen. Die soziale Grundlage dafür ist der Mittelstand, ein etwas mythischer Begriff, der nicht präzisiert wird, sowie die Landwirtschaft und der Weinbau. **Unterschwellig** bedeutet das, sich auf **luxemburgische** Unternehmer zu beschränken.

Darauf folgt die Beschreibung der katastrophalen Zustände, in die die **"Altparteien"** (ein typisch rechter Ausdruck für die Geringschätzung der Politik) (1999, S.19) das Land geführt haben sollen.

"Unsere Demokratie ist krank." (1999, S.6) *"Die etablierten politischen Parteien kontrollieren die Institutionen des Staates und manipulieren die Information der Öffentlichkeit."* (ebenda.) *"Selbst die Unabhängigkeit der Justiz (Staatsanwaltschaft) ist nicht ausreichend garantiert."* (ebenda.)

Ob öffentliche Finanzen², Staatsdienst, Unterricht, Justiz - sozusagen alles, was mit Staat oder öffentlichen Institutionen zu tun hat, wird schwarz gemalt, so wie man es in vielen extrem rechten Schriften z.B. bei Le Pen und Haider findet. *"Unser öffentliches Unterrichtswesen ist todkrank."* (1999, S. 7) *"Das vom Parteienklüngel ausgehöhlt Unterrichtsministerium ist nicht fähig, dieser verderblichen Entwicklung entgegenzuwirken."* (ebenda.)

Der öffentliche Dienst bekommt so manches ab: *"Aufblähung des öffentlichen Dienstes"* (1999, S.18-19), *"veraltete Prozeduren und überflüssiger Papierkram"* (ebenda.), *"allgemeines Absinken der Leistungsbereitschaft"* (ebenda.). Das Feindbild ist alles, was mit dem Staat zu tun hat.

Dieser populistischen Anklage, gespickt mit unbewiesenen Behauptungen und Anschuldigungen, entsprechen allerdings im Nachhinein meist brav **neo-**

liberale Lösungen. In den meisten Fällen sollen staatliche Regelungen abgebaut, Leistungskriterien der Privatwirtschaft und *„eine restriktive Personal- und Gehälterpolitik“* (1999, S.9) eingeführt, die *„zukünftigen Lehrkräfte“* z.B. *„unter dem privaten Arbeitsrecht“* (1999, S.7) eingestellt werden.

Aber Neo-Liberalismus und staatliche Lenkung gehen, wie oft bei der Rechten, auch beim ADR Hand in Hand. So soll zur Wahrung der Demokratie *„eine möglichst umfassende und objektive Information der Bürger“* (1999, S.6) sichergestellt werden. Eigentlich ein löbliches Ziel, doch soll dies durch staatliche Lenkung geschehen. *„Die Gewährung staatlicher Pressehilfe muss an die Verpflichtung gekoppelt werden, objektiv über politische Debatten zu berichten (...).“* (1999, S.6) Dafür wird es ja dann wohl eine staatliche Kontrolle der Objektivität geben, und gegebenenfalls Sanktionen. So sind es nicht mehr die Medien selbst, die durch ihren Pluralismus die Objektivität schaffen, sondern der Staat, der die Objektivität bestimmt!

Wenn es um den Mittelstand geht, überschlägt das ADR sich regelrecht. Es ist *„der dynamischste und unverzichtbarste Teil unserer Wirtschaftsstruktur.“* (1999, S. 10) Sicher hofieren alle anderen Parteien, allen voran die CSV und die DP, den Mittelstand. Aber das ADR macht daraus die Speerspitze seines politischen Kampfes: *„Wir werden die mittelständischen Berufe wieder aufwerten. Initiativegeist, Risikobereitschaft und Leistung müssen sich wieder lohnen! Das verderbliche Ungleichgewicht zwischen öffentlichem Dienst und dem Mittelstand muss wieder ins Lot gebracht werden.“* (1999, S. 10) Da der Luxemburger Mittelstand *„einem immer stärkeren internationalen Wettbewerb“* ausgesetzt sind und *„ausländische Unternehmer problemlos auf den luxemburgischen Markt stoßen können“* (ebenda.), soll z.B. das Ausschreibungswesen so gestaltet werden, *„dass es den Gegebenheiten des Luxemburger Unternehmertums gerecht wird.“* (S.11) Was immer das auch im Klartext heißen mag, die ADR-Wähler werden es wohl richtig interpretieren: Luxemburger zuerst!

Abschließend die Landwirtschaft: hier wird *„eine Politik der Importbeschränkungen und der kostendeckenden Preise“* (S.12) verlangt. Also agrarpolitischer

Protektionismus und höhere Preise für in Luxemburg produzierte Nahrungsmittel.

In der politischen Praxis, z.B. bei den Debatten in der Kammer, benimmt das ADR sich trotz seiner forschen Aussagen mit den Jahren mehr und mehr wie eine gesittete klassische Rechtspartei, gibt sich staatserhaltend und ist eher geneigt, mit der CSV-DP-Mehrheit denn mit der Opposition von Sozialisten und Grünen zu stimmen.

Gibt es rechte Inhalte nur beim ADR?

Im folgenden untersuchen wir anhand einiger Themen in den Wahl- und Grundsatzprogrammen von CSV, DP und ADR, ob und wie rechtes Gedankengut sich darin identifizieren lässt und wie diese Parteien zueinander stehen³.

Die Familie und die Frau

Im Grundsatz- und Aktionsprogramm der CSV von 1974⁴ wird die *„auf die Partnerschaft der Eheleute aufgebaute Familie“* als *„die natürliche Grundzelle der Gesellschaft“* bezeichnet (S. 33). Daher sei es *„eine nationale Pflicht, sie zu schützen und zu fördern“*. In diesem Zusammenhang wird dann auch gefordert, *„die mütterlichen Leistungen“* *„als Vollbeschäftigung“* anzuerkennen und *„durch eine angemessene Zuwendung“* zu entschädigen.

In den Wahlprogrammen von 1989 und 1999 erscheint die Familie noch immer als erstes Kapitel, also sicher nicht das unwichtigste! Aber von 1984 bis 1999 sind interessante Entwicklungen festzustellen. Die Frage der Abtreibung, gegen die die CSV in der Legislatur von 1974-79 mobilisiert hatte und die z.B. in Frankreich und Deutschland zum Hauptthema einer gewissen Rechten herauskristallisiert worden ist⁵, gerät immer mehr in Vergessenheit. 1989 werden ihr noch sechs Zeilen gewidmet, 1994 nur ein Halbsatz (*„Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft. Weil wir Ja zum Kind sagen. Auch zum Ungeborenen.“* S.6), der sich 1999 in derselben Form wiederfindet (S. 5).

Noch 1984 und 1989 will die CSV eine offensive Politik für die **eigentliche**

Familie. 1989 bekräftigt sie *„den Grundsatz, dass Gesetze und Bestimmungen in keinem Fall verheiratete Paare gegenüber frei zusammenlebenden Paaren benachteiligen dürfen.“* (S.31)⁶ 1994 erfolgt eine sybillinische Öffnung zu *„den verschiedenen Formen des familiären Zusammenlebens“*, denen die CSV Rechnung tragen will (S. 6), und 1999 wird erwähnt: *„(Die Ehe) ist jedoch nicht mehr die einzige Form des Zusammenlebens. Manche Paare bauen ihr gemeinsames Leben ohne Ehe auf. Dies stellt zur Zeit noch juristische und soziale Probleme dar, die unbedingt einer Lösung bedürfen.“* (S.4) Damit hat die CSV sich zu einer nicht genau definierten Mitte hin bewegt.

Logischerweise erscheint die Frau lange Zeit (noch 1984) im Zusammenhang mit der Familie, sogar wenn 1974 erklärt wird: *„Die Frau hat ihrerseits Anrecht auf Berufstätigkeit.“* (S.34) 1989 wird der Frau ein eigenes Kapitel gewidmet, in ihrer Rolle als Mutter, in der Familie und im Beruf. Erst 1994 wird etwas forscher von der *„Chancengleichheit“* (S.8) für die Frau gesprochen, und 1999 wird angekündigt, man werde *„die Gleichheit von Männern und Frauen in unsere Verfassung einschreiben“* und so *„positive Diskriminierung“* ermöglichen (S.10).

Die ADR-Programme sind jenen der CSV im Familienbereich sehr ähnlich. *„Die Familie ist ein⁷ natürliches und fundamentales Element in unserer Gesellschaft und hat ein Recht auf Schutz seitens der Gesellschaft und des Staates.“* (1999, S.21) Auch die konkreten Maßnahmen könnten sich im CSV-Programm wiederfinden.

Was aber die Frauen angeht, so ist das ADR *„nicht mit der Absicht der CSV (und der anderen Parteien) einverstanden, möglichst viele Frauen der Doppelbelastung Beruf/Familie auszusetzen.“* (1999, S.26) Zudem ist das ADR zwar *„für die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau, aber grundsätzlich gegen Frauenquoten“*. (1999, S.26) Sie begegnet sich in dieser Hinsicht mit der DP in ihrem Programm von 1999 (S. 73-74)

Die DP grenzt sich im Familienbereich sehr klar von CSV und ADR ab. Die Grundsatzklärung von 1986 beschränkt sich zur Familie auf 10 Zeilen: *„Die DP schätzt den Wert der Familie hoch ein.“* Aber schon 1994 stellt

die DP in einem sehr problematisierenden Programm fest: *„Die Fundamente des Sozialstaats, Familie und Arbeit, tragen immer weniger.“* Eigene Lösungsvorschläge nur für die Familie gibt es nicht mehr. Schließlich, 1999, stellt die DP fest, *„dass immer weniger Einwohner unseres Landes den Bund der Ehe als Grundstein eines Zusammenlebens ansehen.“* (S.72) Daher will die DP „ein Maßnahmenpaket“ ergreifen, um geregelte Verhältnisse für Nichtverheiratete zu schaffen, **auch für gleichgeschlechtliche Paare.**

Fazit: sicher kann man CSV und ADR im Hinblick auf die Familie als klassische Konservative bezeichnen. Bei der CSV ist 1999 eine gewisse Lockerung hin zu mehr Pragmatismus festzustellen. Die DP tendiert zu einer modernen Haltung, mit konkreten linken Forderungen, ohne allerdings das linke Thema der Gleichstellung von Mann und Frau zu besetzen, wohingegen die CSV ja 1999 - ihren Aussagen zufolge in Zusammenhang mit europäischen Richtlinien (!), aber wohl auch unter dem Druck einer CSV-Frauenministerin, die glaubwürdig sein will - „positive Diskriminierungen“ aufnimmt.

Die Ausländerfrage

Die Ausländerfrage in Luxemburg hat auch mit Europapolitik zu tun. Keine Partei, auch das ADR nicht, lehnt offiziell den europäischen Integrationsprozess ab.⁸ Diese anscheinend weitgehende Akzeptanz und der wirtschaftliche Aufschwung machen den Umgang mit den sehr zahlreichen Ausländern, meist EU-Bürgern, für die Luxemburger wie für die Parteien bisher relativ einfach. Dagegen bringt die Frage der Asylbewerber neue Verlegenheit hervor.

Es hat den Anschein, als ob alle Parteien sich in der Ausländerfrage vorsichtig von einer rechten Haltung abgrenzen wollten. Keine Partei geht in dieser Hinsicht so weit wie die Nationalbewegung, die 1989 einen Einwanderungsstopp verlangte und von einem *„gesunden Lebensraum“* für Luxemburger sprach.

Wie die NB konzentriert das ADR sich auf die luxemburgische Sprache als Mittel der Integration: *„Luxemburgisch als Basis der Integrationspolitik!“* (1999 S. 31)

Das ADR hat jedoch mit der NB in der Ausländerproblematik nichts gemeinsam. Es stellt bloß die hohe Ausländerzahl fest. Eine solche Feststellung hat natürlich auch einen Sinn. Ebenso wenn von *„der Gefahr der Ausländerfeindlichkeit“* (1994, S. 19) die Rede ist. Man will die Integration in Toleranz und gegenseitigem Respekt. Das ist natürlich recht dürftig und zugleich auch nicht: heißt das für die Ausländer, dass sie sich zu integrieren haben, oder was sonst? Fügt man hinzu, dass das ADR

Sowohl die Ausländerfrage wie auch jene der Asylbewerber oder auch der inneren Sicherheit sind Themen, die unterschwellig bei vielen Bürgern zu manch populistischen Haltungen Anlass geben. Noch wurde in der Praxis nicht allzuviel Porzellan zerschlagen.

sich in europäischen Fragen an die französischen Souverainisten anlehnt (es übernahm 1999 deren Europawahlprogramm zum großen Teil), dann entbehrt diese Haltung nicht einer gewissen Zwiespältigkeit. Aber eine rechts-extreme ist sie nicht.

Die CSV ist im Hinblick auf Nicht-Luxemburger viel ausführlicher. Auch hier ist ein Wandel festzustellen. 1984 gab man sich in Bezug auf das Wahlrecht der Ausländer zugeknöpft, 1989 erklärte man, dass *„Staatsangehörigkeit und politische Rechte auf nationaler und lokaler Ebene für die CSV untrennbar sind“* (1989, S.97). 1999 will man schon prüfen, *„ob die speziellen Zulassungsbestimmungen für die nächsten Europa- und Kommunalwahlen noch berechtigt sind“* (S.11) und sie gegebenenfalls abändern. Aber schon 1984 sollte *„der Erwerb der luxemburgischen Nationalität vereinfacht werden“* (S.65), und 1999 wird angekündigt, dass die notwendige Aufenthaltsdauer von zehn auf fünf Jahre herabgesetzt werden soll (S.11). Die DP wünscht einen *„umfassenden integrationspolitischen Maßnahmenkatalog“* (1999, S.74) für die Ausländer.

Viel schärfer als die DP geht die CSV programmatisch an die Asylproblematik heran. Die DP will für Asylbewer-

ber und Flüchtlinge Lösungen, *„die im Einklang mit der Würde des Menschen“* sind (1999 S. 74), während die CSV in bekannter Manier mit Zuckerbrot und Peitsche vorgeht: wohl Verpflichtung zum Gastrecht für Flüchtlinge aus Kriegsregionen, aber auch scharfes Durchgreifen gegen Kriminelle, z.B. *„jugendliche Wiederholungstäter“*, die mit ihren *„Erziehungsberechtigten“* ausgewiesen werden sollen (1999, S. 66). Dieser Kurs sei notwendig, damit das *„Fehlverhalten einer kleinen Minorität nicht Anlass zu einem fremdenfeindlichen Klima“* wird (1999, S.66).

Die innere Sicherheit

Oft spielt die Frage der Sicherheit der Bürger gegenüber dem Verbrechen eine Rolle im Parteienspektrum. In der Polemik beschuldigt die Rechte die Linke des Laxismus, es weniger genau mit der Sicherheit der Bürger zu nehmen, und umgekehrt die Linke die Rechte, den Polizeistaat zu wollen. Noch bleiben dazu die furiosen Attacken der CSV gegen Justizminister Robert Krieps wegen des humaneren Strafvollzuges während der Mittellinkskoalition von 1974-79 in Erinnerung.

Erstaunlich ruhig blieb es, außer Scharmützeln seitens der DP über die Polizeireform, in dieser Hinsicht bei der Wahl von 1999. Für die CSV ist die Sicherheit der Bürger *„eine (ihrer) Prioritäten“* (1999, S. 66). Die Kriminalitätsbekämpfung wird an sechs verschiedenen Stellen im Programm erwähnt (Pädophilie, Gewalt gegen Frauen, Drogenbeschaffungskriminalität, Finanzplatz, innere Sicherheit, internationale Kriminalität).

Die DP pocht auf Prävention in der Jugendkriminalität und auf Verbesserung der Infrastrukturen. Eine interessante Originalität des DP-Programms: die Bürgermeister müssen die Polizei *„mit spezifischen Aufgaben zugunsten der Sicherheit der Bürger beauftragen können“*. (1999, S. 49) Hier dringt das Lokalproblem der Hauptstadt durch, wo die Bürgermeisterin Lydie Polfer immer wieder über ihre angebliche Ohnmacht in polizeilicher Hinsicht geklagt hat, wenn sie auf die Sicherheit der Bürger angesprochen wurde. Bekanntlich will ja der CSV-DP-Schöffenrat eine städtische Polizei für ihren eigenen Bedarf ein-

richten. erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass vielerorts im Ausland Bürgerwehren, Basisjustiz und eine "bürgernahe" Bekämpfung des Verbrechens beliebte Forderungen der politischen Rechten sind und dabei unterstellt wird, dass die staatlichen Organe die öffentliche Sicherheit nicht streng genug wahren.

Weitaus kräftiger hieb da das ADR 1994 auf die Pauke: "Jeden Tag werden mindestens 20 Einbrüche verübt, 3 Autos gestohlen, eine Person überfallen. Alle drei Tage geschieht eine Vergewaltigung oder ein anderes Sexualdelikt. Die Tendenz ist steigend." (1994, S. 12) Auch 1999 ist die Analyse alarmistisch: "... diese Sicherheit nicht mehr im wünschenswerten Umfang gewährleistet ist." (1999, S. 16) Und die steigende Kriminalität wird dann mit der "Öffnung nach Osteuropa" in Verbindung gebracht! Aber eigentlich unterscheidet sich das Programm in den vorgeschlagenen Maßnahmen von dem anderer Parteien rechts oder links auf dem Parteienspektrum recht wenig.

Interessant aber folgende Gegenüberstellung, die mehr verrät als vielleicht beabsichtigt war: "Wir werden nicht dulden, dass Verkehrssünder wie Verbrecher verfolgt werden während wirkliche Kriminelle ungehindert unser Land betreten und verlassen können." (1999, S. 16) Implizit werden damit "wirkliche" Kriminelle als Ausländer dargestellt, "kleine Verkehrssünder" als Inländer.

Sowohl die Ausländerfrage wie auch jene der Asylbewerber oder auch der inneren Sicherheit sind Themen, die unerschwerlich bei vielen Bürgern zu manch populistischen Haltungen Anlass geben. Ein Grund für die Parteien, damit Politik zu machen. Noch wurde in der Praxis nicht allzuviel Porzellan zerschlagen. Aber die Auseinandersetzungen um die Asylpolitik bzw. die Ausweisung von Flüchtlingen oder die Frage der Regularisierung von illegalen Bewohnern zeigen, dass auch in Luxemburg ein Feld für rechte Themen fruchtbar sein kann.

Die Institutionen

In der politischen Auseinandersetzung fällt auf, dass die CSV sich immer wieder gegen eine allgemeine Verfassungsrevision ausgesprochen hat, während

die Linke unsere Verfassung von 1868 schon mehrere Male von Grund auf neu schreiben wollte. "Weil die Fundamente unseres Staates in unseren Augen nach wie vor unantastbar bleiben, ist die CSV der Meinung, dass Verfassungsreformen mit großer Vorsicht durchgeführt werden müssen" (1999 S. 62).

Die konservative Grundhaltung der CSV führt die Partei in institutionellen Fragen auf einen klaren Kurs der Konsolidierung der demokratischen Errungenschaften: "stabil Institutionen" heißt der luxemburgische Titel für das Kapitel im Wahlprogramm von 1999. Im Gegensatz zu den Linksparteien hat die CSV sich daher immer auch für die Einschreibung der Parteien in die Verfassung ausgesprochen und eine angemessene Parteienfinanzierung befürwortet. Die Parteien sollen systemintegriert sein, und selbst zu einer Art Institution werden. Heute teilen anscheinend alle Parteien des politischen Spektrums diese Auffassung.

Christlich-soziales ebenso wie liberales Gedankengut findet sich heute auch beim ADR wieder. Das hängt u.a. damit zusammen, dass ehemalige CSV- und DP-Exponenten dort ihre politische Laufbahn fortsetzen. Aber der Bruch des ADR mit jenem christdemokratischen bzw. liberalen Gedankengut und die Eigenständigkeit dieser Bewegung besteht in dem Versuch, um die zentrale Forderung der "Rentengerechtigkeit" ein neues Politikfeld aufzubauen, in dem die Themen von der zentralen Forderung sozusagen abgeleitet werden oder in einem engen Verhältnis zu dieser stehen. Wenn z.B. die Renten im Privatsektor so verschieden von den Pensionen im öffentlichen Dienst sind, dann ist das laut ADR die Schuld des "Systems" und der Politiker, die dieses "System" beherrschen. Also muss das "System" geändert werden, müssen andere Politiker her, z.B. mehr aus dem Privatsektor. Es sind nicht die demokratischen Werte, die das politische Handeln bestimmen, sondern ein bestimmtes soziales Thema.



Cartoon: Selçuk
in: Le Monde diplomatique

Im Gegensatz zur konservativ staats-erhaltenden Programmatik der CSV begibt sich daher das ADR 1994 wie 1999 auf den Weg einer rechtsradikalen Kritik an der parlamentarischen Demokratie. *„Scheindemokratie“* (1994); *„das Prinzip der Gewaltentrennung besteht fast nur noch auf dem Papier“* (1994); *„unser demokratisches System ist krank“* (1999). Angeklagt werden die *„etablierten politischen Parteien“* (1994, 1999); *„sie manipulieren die Information der Öffentlichkeit“* (1994, 1999). Daher ist das *„Parlament kein Spiegelbild des Volkes mehr“*.

Der rechte Populismus, der sich dergestalt ausdrückt, hat denn auch als ersten Lösungsvorschlag, die Basisdemokratie des Volkes durch die Volksbefragung auf Grund der Volksbegehren *„in wichtigen Fragen sowie bei Verfassungsreformen“* einzuführen. Welche Fragen als *„wichtig“* zu bezeichnen sind, wird nicht gesagt. Auch die CSV (1999, S. 63) will *„die Möglichkeit der Volksbefragung breiter gestalten“*, sie aber auf *„wesentliche Fragen“* beschränken.⁹ Nicht im Wahlprogramm des ADR erscheint dagegen ein Vorschlag, der unter dessen politischen Zielsetzungen in den Statuten von 1999 figuriert, nämlich *„die Gründung einer neutralen Rekursinstanz, welche über verfassungswidrige Entscheidungen vonseiten der Legislative, der Exekutive und der Justiz befinden kann“* (1999).¹⁰ Also eine klare Entmachtung der parlamentarischen Demokratie sowohl durch das Referendum als auch durch eine *„Rekursinstanz“*, die nicht weiter definiert wird. Ebenso populistisch ist die Forderung, *„den verfassungswidrigen Fraktionszwang“* (den es nirgends gibt außer in der parlamentarischen Realität, auch beim ADR!) zu bekämpfen, wo andererseits, ganz widersprüchlich dazu, eine *„öffentliche Finanzierung der Parteien“* verlangt wird.

In diesen Zusammenhang passt auch die im ADR-Statut (1999) aufgestellte Forderung nach *„(der) Beschränkung der öffentlichen Verwaltungen auf das Notwendige“*, die ein Echo zu dem *„schlanken Staat“* (DP, 1994) hervorruft. Auch soll ein Staatsbeamtenstatut eingeführt werden, das *„die Unabhängigkeit und die Neutralität der Beamten absichert und Leistung und Motivation honoriert“*. (ADR-Statut 1999) Eine populistische Stammeskritik beschuldigt ja gerne die Staatsbediensteten, nicht dieselbe Lei-

stung wie der Privatsektor zu erbringen. Auch im DP-Programm von 1999 wird gefordert: *„De Staat nees an den Déngscht vum Bierger stellen“* (1999, S. 11), was implizit besagt, dass dies vor Eintritt der DP in die Regierung nicht der Fall war.

Natürlich gibt es in den Forderungen der einzelnen Parteien auch Gedanken-gut, das ebensowohl eine linke Partei beanspruchen und verteidigen könnte. Aber der Kontext ändert sich dann. Da ist z.B. die eben erwähnte öffentliche Finanzierung der Parteien, die von der DP (ebenso wie von ADR und CSV) verlangt wird (1999, S.9) oder der Zugang

Als ideologisch rechts oder konservativ ist die traditionelle Steuerveranlagung der verheirateten und berufstätigen Frau einzuschätzen. Auch hier scheint die CSV von ihrer klassischen Haltung abrücken und daher der berufstätigen Frau „ein klares Bild ihres Nettoverdienstes“ geben zu wollen.

zur Politik für alle Bürger, ob aus Privatsektor oder öffentlichem Dienst, Forderungen, die beide bei allen Parteien zu finden sind.

Sicherlich war der politische Streit um das Verfassungsgericht auch ein Streit zwischen rechten und linken Auffassungen über den Staat. In einer konservativen Auffassung müssen das Grundgesetz festgezurr, die Normen abgesichert, sogar internationale Verträge auf ihre Konformität mit der nationalen Verfassung von einer gerichtlichen Instanz abgeklopft werden. Dies verlangen ADR (Programm 1999, S.6) und DP (1999, S.9), nicht aber die CSV.

Während die CSV (1999, S.63) dem Parlament die erste Rolle zuspricht, ist das DP-Programm (1999, S.9) eher zwiespältig: sowohl das Parlament soll aufgewertet werden als auch die Demokratie durch Volksentscheide *„wiederbelebt“* werden. Kurioserweise will die DP dafür sorgen, *„dass die Ministerien und staatlichen Verwaltungen allen Parlamentariern stets mit Rat und Tat zur Seite stehen“*: die Gewaltentrennung und

die Eigenständigkeit des Parlaments die anderswo klar verlangt werden, scheinen für die DP wenig Bestand zu haben; dennoch will diese Partei *„keine Kopfnicker“* im Parlament.

Soziale Marktwirtschaft

In der Wirtschaftspolitik geht vieles drunter und drüber. Das ADR positioniert sich als liberal und besonders mittelstands- und bauernfreundlich. Das Spagat zwischen Öffnung und Globalisierung einerseits, Absicherung andererseits ergibt kein klares Resultat. Allgemein liest das sich im Statut von 1999 so: *„Respekt vor dem persönlichen Besitz und den wirtschaftlichen Freiheiten, sowie Ermutigung und Förderung der persönlichen Initiative und Leistung, Opposition zu übertriebenem staatlichen Dirigismus, Absicherung und Förderung eines starken Mittelstandes“* (S.2). Absicherung und Opposition gegen Dirigismus: wie geht das zusammen? Natürlich spricht man nur von *„übertriebenem staatlichen Dirigismus“*, also doch für staatlichen Dirigismus. Die zwingende Logik und die programmatische Kohärenz war noch nie eine Stärke populistischer Gruppierungen.

Die christlich-soziale Wirtschaftspolitik erhebt den Anspruch, die soziale Marktwirtschaft überhaupt geprägt zu haben. *„Die wirtschaftliche Expansion darf weder Selbstzweck noch Machtinstrument, noch letzter Sinn des Lebens sein. Quantitatives Wachstum und Profitstreben müssen ihre Grenzen dort finden, wo das Gemeinwohl seine Rechte anmeldet.“* (1974, S.11) 1994 ist das Kapitel über die Wirtschaftspolitik das erste des CSV-Programms. Die Arbeitslosigkeit verlangt Maßnahmen. Eingangs wird polemisch frohlockt: *„Die sozialistische Plan- und Verwaltungswirtschaft hat Schiffbruch erlitten. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft hat sich endgültig durchgesetzt.“* (S.2) Die CSV will *„einen Staat, der die Wachstumskräfte fördert und sozialpolitische Zielvorgaben festlegt.“* Sicherlich gibt es in dem stark vom damaligen Parteipräsident Juncker geprägten Wirtschaftsprogramm neben den althergebrachten (Bauern, Winzer, Tourismus) neue Aspekte, die in den vorhergehenden Programmen der CSV nicht so zu finden waren, und zwar ganz besonders der Zusammenhang mit Landes-

planung, mit Infrastrukturpolitik, mit der Rolle des Staates (über den Weg der SNCI, die ja 1974-79 von der damaligen CSV-Opposition als staatlich dirigistisches Instrument scharf attackiert worden war). Das "nachhaltige Wachstum", das so stark in der Erklärung zur Lage des Landes 2000 erschien, ist weder 1994 noch 1999 im CSV-Programm festzustellen.

Die DP ihrerseits bemüht sich auch in diesem Bereich um die Mitte: weder Wirtschaft und Profit als Selbstzweck, noch Verketzerung der Leistung und des Wachstums (1974). Entgegen der forschenden Problematisierung im Programm von 1994, in dem verlangt wurde, "der Staat und seine Verwaltungen müssen sich auf ihre **Kernaufgaben** beschränken" (1994, S. 19), gibt die DP sich 1999 als Partei des **Ausgleichs** zwischen "Wirtschaft, Ökologie und sozialem Fortschritt." (S. 25) Aber dennoch klingt das Neoliberalere an: " ... tritt die DP für eine **Flexibilisierung der Arbeitsorganisation (ein)**, welche die **Eigenverantwortung des Individuums fördert, ohne das soziale Netz nach kontinental-europäischem Muster in Frage zu stellen.**" (1999, S. 26)

Zwar erscheint die Wirtschaftspolitik als weniger spannungsgeladen zwischen rechts und links als manche gesellschaftspolitischen Fragen, doch vergleicht man rechte und linke Programme, dann fällt auf, dass bei letzteren mehr von Globalisierungsproblemen und der Notwendigkeit einer weltweiten Regulierung die Rede ist. So wollen die Sozialisten "Regelwerke", die "auch Entwicklungsländern den Zugang zu Investitionen, Krediten und Technologietransfers ermöglichen" (LSAP 1999, S.76). Vielleicht liegt hier ein wichtiger Unterschied zwischen eher national orientierten Parteien der Rechten und der rechten Mitte und jenen der Linke, die die internationale Lage mehr in Rechnung ziehen.

Gesellschaftspolitik

Mit der Verlängerung der Lebenszeit wurde der Tod zu einem wichtigen Thema der politischen Debatte über Palliativmedizin, Therapieerzicht und aktive Sterbehilfe (Euthanasie). 1994 ebenso wie 1999 bejaht die CSV die flächendeckende Palliativmedizin und



Cartoon. Pessin,
in: Le Monde

die Möglichkeit des Therapieerzichts. Die DP geht in ihrem Programm von 1999 einen Schritt weiter: " ... befürworten wir auch die aktive Sterbehilfe (...) unter gewissen Bedingungen" (1999, S. 73) und liegt damit auf derselben Wellenlänge wie die LSAP.

Die Stellung einer Partei zur Religion ist ja in früheren Zeiten ein wesentliches Merkmal für rechts und links gewesen. Interessant ist die Fassung des DP-Programms von 1999 hierzu. Darin wird eine gleiche öffentliche Unterstützung der Religionen gefordert (1999, S. 73) und, neben der "Glaubenserziehung" in der öffentlichen Schule, "ein allgemeinnütziger Moralunterricht". Also Status quo. Die CSV will den Religionsunterricht in der öffentlichen Schule, und dazu die (katholischen) Privatschulen "ebenfalls bei Neu- und Umbauten finanziell" bezuschussen. Das steht dann auch im Koalitionsprogramm. Das ADR will seinerseits "alternativen, humaneren Schulmodellen (z.B. Waldorfschule) stärker entgegenkommen". (1999, S.8) Die DP "tritt vornehmlich für die öffentliche Schule ein," (1999, S.20) unterstützt aber auch "private Initiativen."

Keine dieser Parteien spricht auch nur die von der LSAP wieder hervorgebrachte Problematik der Trennung von Staat und (katholischer) Kirche an.

Der Sozialstaat

Die Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums ist ein klares Kriterium für den sozialen Standort einer Partei.

Die klassische Rechte und die Mitte ("Bessere Haushaltspolitik mit weniger Steuern", DP 1999 S.13) unterscheiden sich traditionell von der Linken u.a.

dadurch, dass sie z.B. den Leuten "das Geld, das sie verdient haben, in der Tasche lassen wollen" anstatt es umzuverteilen: " ... dass das Geld dem Steuerzahler gehört und somit jede Form überflüssiger Umverteilung vermieden werden muss." (DP, 1999, S. 26) Oder: "Unnötige Transfers zwischen Steuern und Sozialleistungen müssen vermieden werden." (ebenda, S. 27)

Steuerreformen drehen sich dann um den Spitzensteuersatz (die Wahl zwischen sozialer Gerechtigkeit oder Förderung der Leistung und des Erfolges?) oder den Eingangssteuersatz (sollen möglichst viele an der Finanzierung der Leistung des Staates teilnehmen?) und die Schnelligkeit, mit der die Progressivität einsetzt (soll schnell oder langsam abgeschöpft werden?), oder auch wie nicht besteuerbare, weil zu niedrige Einkommen dennoch aufgebessert werden können. Aber auch bei diesen klassischen Fragestellungen verwischt sich viel zwischen den Parteien.

Als ideologisch rechts oder konservativ ist die traditionelle Steuerveranlagung der verheirateten und berufstätigen Frau einzuschätzen. Auch hier scheint die CSV von ihrer klassischen Haltung abrücken und daher der berufstätigen Frau "ein klares Bild ihres Nettoverdienstes" (1999, S.9) geben zu wollen. Und insgesamt will die CSV die Politik "einer deutlichen Verbesserung der verfügbaren Einkommen" weiterführen (1999, S.45), die ja bisher mit der LSAP gemacht wurde! Demgegenüber haben die steuerpolitischen Vorschläge der DP von 1997 echt liberale Töne ergeben; so z.B. soll ein Steuersystem das Sparen ebenso wie die Investitionen und das Einkommen dieser Investitionen begünstigen, und: " .. se réduise pour le reste aux besoins

financiers effectifs d'un Etat moderne et performant."

Nirgends ist das Bekenntnis zum Index so klar wie bei der LSAP (1999, S.28) und CSV (1999, S.56 : *"Der Index bleibt."*). Im DP-Programm steht dazu nichts, eine erstaunliche Tatsache, wenn man bedenkt, dass diese Partei sich 1999 vor allem an Lohn- und Gehaltsempfänger gewandt hat, aber wohl ein Zugeständnis an das Patronat.

Bekanntlich stand die Frage der Altersversorgung seit 1989 im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Hier wurde das Rechtslinks-Schema von einem anderen überlagert: einerseits das ADR für den Privatsektor, andererseits die DP für die Staatsbediensteten, und in der Mitte sowohl CSV wie LSAP als Regierung mit ihrem (gescheiterten?) Versuch, es beiden recht zu machen.

1989 trat das Aktionskomitee "5/6 - Pensioun fir jidfereen", das sich von 1994 an als ADR (Aktiounskomitee fir Demokratie a Rentengerechtigkeit) bezeichnete, mit der Forderung einer **Volksversicherung** für die Altersversorgung auf. Dieser eigentlich aus der linken Ecke stammende Ausdruck wird vom ADR nicht im ursprünglichen Sinn des Wortes gebraucht (d.h. dieselbe Rente für jeden), sondern im Sinne eines Einheitsregimes für den privaten wie den öffentlichen Sektor. Aber an dem Ausdruck hat dem ADR wohl das Wort **Volk** gefallen.

Über die vergangene Tagespolitik hinaus schlägt die DP 1999 eine *"mittelfristige"* Abkehr vom Umlagesystem zum Kapitaldeckungsverfahren vor, ein Versuch, die Solidarität für sozial Schwächere mit einem auf eigener Leistung der Kapitalkräftigen gründenden System der Altersversorgung zu verbinden. (1999, S.53) Die CSV ihrerseits besteht auf dem Umlageverfahren (1999, S. 22) und pocht darauf: *"Der Ausbau der privaten Fürsorge darf nicht zu Lasten des legalen Systems geschehen."* Der *"Generationenvertrag"* muss im Sinne der christlich-sozialen Solidarität erhalten bleiben.

Europapolitik

Die CSV hat sich seit Beginn der europäischen Integration immer als die Befürworterin dieses Prozesses dargestellt.

"Staark fir Lëtzeburg, staark an Europa" (1999, S.70) wird das Europakapitel überschrieben, ein Hin und Her, das man gerne bei allen Parteien findet: Betonung der nationalen Eigenheit und Souveränität, der Einflussnahme in Europa, aber eigentlich nur ein implizites Ja zu Europa. Natürlich fehlt auch bei der CSV die obligate Ablehnung einer *"bürokratischen Übermacht"* (1999, S.72) nicht.

Die DP verlangt ihrerseits *"den Respekt der fundamentalen Gleichheit und Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten der Union"* (1999, S.61), eigentlich eine Forderung, die - würde man sie zu Ende denken - jeglichen Fortschritt der Integration ver-

Der Konservatismus der CSV paart sich mit einem ziemlich glatten Pragmatismus und einer welt- und machtgewohnten Anpassungsfähigkeit an die neuen Realitäten.

hindern würde und daher eine fundamental rechte Einstellung ist, wie man sie oft bei Euroskeptikern findet. Aber abgesehen davon gibt es bei der DP zu diesem Thema sowohl im Inhalt wie in der Semantik wenig Rechtslastiges.

Umso mehr findet man solches beim ADR. 1994 war die (luxemburgische) Sprache noch etwas rabiater als 1999 der (französische) Programmtext. 1994: *"Mir sin fir en eenegt a solidarescht Europa. Awer mir si géint den Ausverkaaf vun Europa. Mir si géint en onkontrolléiert Ofrappen vun den europäesche Grenzen. Mir si géint den Export vun eisen Aarbechtsplaazen. Mir si géint d'Diktatur vun der Bürokratie a vum Grousskapital."* Eigentlich ein vielschichtiger Text, der absichtlich Zweifel schürt. Hier paart sich Nationalismus mit Antikapitalismus, Protektionismus mit Ablehnung der Marktöffnung. Das was man von einer Bauern- und Winzer- ebenso wie Mittelstands- und Kleinen Leute- Partei als Ideologie erwartet. Aber 1999 ist die Sprache gepflegter, es geht jetzt um die *"Europe Unie des Etats"*, um die Gleichheit und Eigenständigkeit der Staaten, aber zugleich ein Europa *"qui soit une puissance planétaire et qui oeuvre en faveur d'une mondialisation pour tous"*. Offen-

sichtlich ein Text, der nur zum Teil im Garten des ADR gewachsen ist, mit Widersprüchen zwischen dem, was das luxemburgische ADR will und dem, was die gaullistischen Souverainistenfreunde des ADR für Frankreich wollen. Man will mehr Demokratie in Europa, aber zugleich will das ADR dem EP die Flügel stutzen: *"Il faut dire clairement que donner plus de pouvoir au Parlement européen ou à la Commission Européenne veut dire donner moins de droits pour le Luxembourg."* Sogar die Tobin-Tax hat es dem ADR angetan. Und eine europäische Verfassung muss auch her, aber nicht für ein föderales Europa. Wofür dann überhaupt eine solche Verfassung anstatt der bisherigen, intergouvernemental ausgehandelten Verträge?

Und um den kleinen belgischen Sparer auf seine Seite zu bekommen: *"L'ADR s'oppose à toute retenue à la source sur les intérêts des capitaux."* Das ist der letzte Satz des Europaprogramms des ADR: wenn das keine Kapitalistenfreunde sind!

Schlussfolgerung

Wie man sieht, erlaubt diese notwendigerweise "kurze" Analyse der Wahlprogramme nicht immer, Rechte und Zentrum inhaltlich klar untereinander abzugrenzen. Drei Schlussfolgerungen können trotzdem gezogen werden:

1. Das ADR steht inhaltlich klar rechts von CSV und DP, sowohl was die angesprochenen Themen wie auch manche Vorschläge angeht. Aber auch bei dem ADR vermischt sich rechtes und linkes Gedankengut. Sie ist jedoch keine rechtsextreme Gruppierung im Sinne etwa eines klar umschriebenen rassistischen oder fremdenfeindlichen Rechtsextremismus. Das vom ADR zusammengeschriebene Gemisch aus konservativen und manchmal fortschrittlichen Vorschlägen müsste ihren Wählern zu denken geben, würden sie es zur Kenntnis nehmen, was wohl außer den Rentenforderungen kaum der Fall sein dürfte. Das Programm verfällt neben der Rentenfrage in mancher Hinsicht populistischen Forderungen mit elektoralistisch durchsichtigen Absichten an die Adresse vermeintlich benachteiligter oder frustrierter Wählergruppen. Es ist nicht klar,

welche Gesellschaft dieses ADR eigentlich will.

2. Die CSV hat sich sicherlich im vergangenen Vierteljahrhundert geändert. Die Grundthemen bleiben zwar, z.B. die Suche nach dem geeinten solidarischen Volk, nach den Grundwerten, die das Volk zusammenhalten und die immer wieder in den LW-Leitartikeln eines Leo Zeches gepriesen werden¹¹. Dieser Konservatismus paart sich mit einem ziemlich glatten Pragmatismus und einer welt- und machtgewohnten Anpassungsfähigkeit an die neuen Realitäten. Die Programmatik allein lässt die CSV als fortschrittlicher erscheinen als sie oft in Wirklichkeit ist.

3. Wenn die CSV rechts von der Mitte angesiedelt ist, ist die DP in der Mitte, manchmal sogar etwas links und dann mal rechts von der Mitte angesiedelt. So manches hängt bei ihr von den Persönlichkeiten ab.

Doch die Programmatik ist das eine, die tägliche Praxis das andere! Obwohl die erwähnten drei Parteien in der Kammer eine starke Mehrheit von 41 Sitzen gegenüber 19 für die Linke (LSAP, Grüne und Déi Lenk) besitzen, stellt das CSV-DP-Regierungsprogramm vom 12. August 1999 keinen totalen Bruch mit der politischen Ausrichtung der CSV-LSAP-Koalitionen von 1984 bis 1999 dar. Sehr viel neues aus dem DP-Programm ist nicht in das Koalitionsabkommen eingeflossen. Und das erste Regierungsjahr war eigentlich ein ereignisloses Übergangsjahr, in dem besonders die DP sich Mühe gab, ihre salaritätsfreundliche Rolle weiterzuspielen.

Welchen Wert Wahlprogramme tatsächlich haben, lässt sich erst am Ende einer Legislatur bewerten.

Ben Fayot

Der Autor ist Abgeordneter und ehemaliger Parteipräsident der LSAP.

Skrupellos und irrational

Die rechtspopulistischen Parteien haben in Europa Erfolg, weil sie sich bei den Modernisierungsverlierern anbieten. Auf diese Weise zerfällt die Gesellschaft.

Die extremistischen und populistischen rechten Parteien verzeichnen seit Beginn der 90er-Jahre bei Wahlen in Europa einen deutlichen Aufschwung. Sie sind zu Akteuren in den politischen Systemen ihrer Länder geworden und wildern ausdauernd im Wählerpotenzial aller demokratischen Parteien. Die extreme populistische Rechte und die Wähler, die von ihrem Angebot angezogen werden, wissen, dass ihre Stimmen nicht mehr verloren sind. Die populistischen Parteien sind für viele Wähler attraktiv geworden, weil sie es verstanden, von den "etablierten" Parteien vernachlässigte Themen wirkungsvoll aufzugreifen.

Es gelang ihnen, den Eindruck zu erwecken, nur sie würden die "wahren Interessen" des Volkes vertreten. Zu den wichtigsten mobilisierenden Themen gehören: die Amerikanisierung der großen Städte mit der Entstehung von Ghettos und der Ausbreitung von Banden, die wachsende Kriminalität und das Auftreten international operierender Mafias. Hinzu kommen ökologische Bedrohungen, der Rückgang der Nationalsprache, Sittenverfall, Auflösung familiärer Beziehungen, massive unkontrollierte Einwanderung aus Osteuropa und der Dritten Welt sowie die damit verbundenen schwer lösbaren Integrations- und Finanzierungsprobleme (Renten, soziale Sicherung, Ausbildung etc.). Die soziale Modernisierung und die Erhöhung der Mobilität - Auswirkungen der Globalisierung - wird von den Wählern als bedrohend empfunden. Die Berufung auf das "angestammte Volk" und sein Recht auf den "nationalen Boden" findet deshalb bei Teilen der Bevölkerung Anklang. Mit buntscheckigen ideologischen Angeboten haben es die Rechtspopulisten verstanden, einfache, klar formulierte Antworten auf komplexe Fragen zu geben.

Die skrupellose Instrumentalisierung kollektiver Ängste, Aversionen und Mentalitäten bildet seit den Neunzigerjahren das Herzstück der Strategie populistischer Parteien. Gleiches gilt für den Appell an den "kleinen Mann" und an dessen "gesunden Menschenverstand", der als "natürliches" Gegengewicht zur "falschen Rationalität" derer "da oben" hervorgehoben wird. Mehrere einander ergänzende ideologische Stränge verleihen den politischen Anspracheformen der Rechtspopulisten zwar keine solide ideologische Basis, wohl aber argumentative Schlagkraft in den politischen Auseinandersetzungen. Im Zentrum steht das als Einheit vorgestellte "Volk". Es handelt sich um eine Kunstfigur, mit der diese Parteien eine reale Homogenität suggerieren. Die antipluralistischen Implikationen dieses identitären Ansatzes sind unverkennbar.

Diese Parteien gehen über die sozialen und politischen Differenzen der Individuen und sozialen Gruppen hinweg und entwerfen stattdessen ein System als "absolut" und "natürlich" geltender Werte und Verhaltensnormen. Sie bemächtigen sich des

Fortsetzung: folgende Seite

¹ Alle fett gedruckten Passagen von uns hervorheben.

² "Wirksame Kontrolle gegen Vergeudung und Korruption". Die Beschuldigung der Vergeudung und der Korruption wird nirgends belegt.

³ Für die CSV besteht ein Grundsatzprogramm von 1974, das allerdings intern in der Partei im Begriff ist, überarbeitet zu werden. DP und ADR haben in ihren Statuten ihre Grundsätze ansatzweise dargelegt. Für die DP gibt es ein Grundsatzprogramm von 1986, das laut Aussage von Generalsekretär Henri Grethen auf dem DP-Kongress vom 20. Mai 2000 in naher Zukunft überarbeitet werden soll. Im übrigen haben wir in der Hauptsache die nationalen Wahlprogramme von CSV und DP von 1984, 1989, 1994 und

1999 untersucht. Von dem ADR gibt es Programme für 1994 und 1999, das Statut von 1999 sowie einige Wahltrakte von 1989.

⁴ Grundsatz- und Aktionsprogramm angenommen auf den ausserordentlichen Kongressen der CSV vom 22. Dezember 1973 und 26. Januar 1974.

⁵ 1989 bezeichnete die "Nationalbewegung" die Abtreibung als "legalisierten Mord am ungeborenen Leben, der zu verbieten ist."

⁶ Aber damals stellte sich die Frage der sogenannten Scheintrennungen wegen Steuervorteile, die durch die Reform von 1991 verschwanden.

⁷ Nicht erkennbar aus dem Kontext ist, ob es noch andere fundamentale Elemente gibt!

⁸ Dazu weiter unten "Europapolitik".

⁹ Man soll in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die Volksbefragung zur Zeit von allen Parteien als das Alpha und Omega der Demokratie gepriesen wird. Eine Modeerscheinung? Ein echtes Bedürfnis? Schwer zu sagen, da eigentlich noch keine Debatte darüber stattfand.

¹⁰ Diese Rekursinstanz erinnert an die im DP-Wahlprogramm 1979 vorgebrachte Idee eines "Rat der Weisen", allerdings als Diskussionsgremium und nicht als Schiedsgericht. (1979, S. 16) Oder auch die Forderung der DP von 1999: "Das Verfassungsgericht werden wir jedem Bürger zugänglich machen." (S. 9)

¹¹ So z.B. am 28.8.2000: Ein wichtiger Sendeauftrag.